

FR

12./11.85

Physiker lehnen SDI ab

Mitarbeiter einer Großforschungsanlage schrieben an Kohl

Von unserem Korrespondenten Karsten Plog

HAMBURG, 11. November. Dreihundertfünfzehn von rund tausend Wissenschaftlern, die bei der physikalischen Großforschungsanlage Deutsche Synchrotron (DESY) in Hamburg tätig sind, haben sich in einem offenen Brief an Bundeskanzler Helmut Kohl gegen eine Beteiligung der Bundesrepublik an der Strategischen Verteidigungsinitiative der USA (SDI) ausgesprochen. Gleichzeitig erklären sie in dem Brief, sie lehnten für sich eine Mitarbeit an dem Projekt ab.

In dem Schreiben heißt es unter anderem, das SDI-Projekt führe zur Stationierung von Waffensystemen im Weltraum. Der Umfang dieses Rüstungsvorhabens sei zu vergleichen mit der Einführung von Interkontinentalraketen. Die Gegenseite werde zur Vergrößerung ihres Raketenpotentials veranlaßt, zusammen mit den schon vorhandenen Waffensystemen entstehe ein Gesamtsystem, das viel eher

als bisher zum Erstschatz verleite. Es sei unverantwortlich, daß ein solch riesiges Potential an wissenschaftlicher Kraft und Geld notwendigen Arbeiten wie der Beseitigung der Umweltzerstörung und Arbeitslosigkeit, vor allem aber des Hungers in der Dritten Welt entzogen werde.

Die Wissenschaftler verweisen darauf, daß bei DESY bisher keine militärische Forschung betrieben werde, daß aber Äußerungen von Politikern darauf hindeuteten, es werde erwogen in der Bundesrepublik vorhandene Großeinrichtungen für Grundlagenforschung in das Projekt einzubeziehen.

Der offene Brief der DESY-Mitarbeiter wurde während eines zweitägigen international besetzten Kongresses „Militarisierung des Weltraums“ bekannt, mit dem eine Friedenswoche der Hamburger Hochschulen am Wochenende eingeleitet worden war.

SDI — Strategie Des Irrsinns, so deutete eine Uni-Wandzeitung die Abkürzung von Reagans Weltraum-Wunderwaffen-Initiative um. Der Widerstand gegen eine deutsche Beteiligung am SDI-Projekt ist inzwischen über die Hochschulen hinaus in die Forschungszentren gedrungen. In Hamburg protestierten jetzt Wissenschaftler vom DESY.

Wenn Studenten, Fachschaftsräte und Asten gegen Krieg und Rüstung aktiv sind, ist das nett, aber nicht neu. Wenn Hochschulprofessoren Reagans Rüstungswahn so ernst nehmen, daß sie während der Uni-Friedenstag einen Kongreß zum Thema »Militarisierung des Weltraums« veranstalten, findet das schon mehr Beachtung. Aber daß Wissenschaftler, Ingenieure und Techniker »Herrn Dr. H. Kohl, Kanzler der Bundesrepublik Deutschland« einen Brief schreiben, in dem sie nicht nur vor einer Beteiligung am Sternenkrieg warnen, sondern schon im Vorwege klarstellen, daß sie sich im Ernstfall solchen Forschungsvorhaben verweigern würden, das ist für Hamburg bisher einmalig.

315 Mitarbeiter im Hamburger Großforschungszentrum DESY (Deutsches Elektronen-Synchrotron) haben die Bot-

schaft unterschrieben. In der Zahl sind bewußt nur Wissenschaftler und Techniker enthalten, denen selbst die Bundesrepublik den Durchblick durch die Kampfspiegel-Röntgenlaser-Weltraumwaffen-Technologie zutrauen muß. Unterzeichnet haben damit etwa die Hälfte der wissenschaftlich tätigen DESY-Mitarbeiter. In einer Pressekonferenz während des Unikongresses stellten sie den offenen Brief vor, in dem es unter anderem heißt: »Es ist irreführend zu behaupten, SDI mache nukleare Abschreckung überflüssig. Ob ein Raketenabwehrsystem vollständig ist, wird vor dem Ernstfall niemand sicher wissen. Daher wird SDI die Gegenseite neben anderem zur Vergrößerung ihres Raketenarsenals veranlassen und so auch noch die letzten Hoffnungen auf Abrüstung zunichte machen.

— Wir finden es unverantwortlich, ein solch riesiges Potential an wissenschaftlicher Kraft und finanziellen Mitteln den soviel notwendigeren Arbeiten, wie zum Beispiel der Beseitigung von Umweltzerstörung und Arbeitslosigkeit, vor allem aber des Hungers in der Dritten Welt zu entziehen.

— Wir sehen einen ungeheuren

Zynismus in der Behauptung, wir müßten Waffenentwicklung betreiben, um technologisch vorn zu bleiben. Wie das Beispiel Japan zeigt, ist diese Behauptung auch sachlich falsch.

Wir lehnen die Mitarbeit am SDI-Projekt ab!«

Die DESY-Leute selbst fühlen sich in ihren Laboratorien relativ sicher vor Rüstungsaufträgen. Das Deutsche Elektronen-Synchrotron in Bahrenfeld ist ein Grundlagenforschungszentrum (Jahresetat 145 Millionen Mark, 90 Prozent kommen vom Bund, 10 Prozent von Hamburg), in dem die Struktur der Materie entschlüsselt werden soll. Militärische Forschung wird bisher nicht betrieben. Die Ergebnisse werden von aller Länder Herren genutzt, die Forscher-Teams sind international mit Fachleuten aus West und Ost besetzt.

Aber es gab in diesem Jahr einige Vorfälle, die haben aufhorchen lassen:

● Im Frühjahr 1985 brachte Lothar Späth, Ministerpräsident von Baden Württemberg, die deutschen Großforschungszentren als Partner in die SDI-Diskussion ein.

● Im Sommer lud die Bundesregierung zu einem »Strategie-

forum«. Dort berieten Vertreter der Industrie, Delegierte der US-Regierung und Vertreter von Forschungsgesellschaften über das Weltraumengagement. Mit von der Partie waren Fraunhofer-Gesellschaft, Max-Planck-Institute, Kernforschungsanlage Jülich, Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt, Forschungsgesellschaft für angewandte Naturwissenschaften und ein Vertreter von DESY.

● In den USA läuft z. B. im Brookhaven National Laboratory, das ähnliche Beschleuniger-Anlagen wie DESY besitzt, offiziell ein SDI-Forschungsprojekt. Dieses Nationale Labor hat sich allerdings schon immer an Rüstungsforschung beteiligt.

Soweit wie in vielen amerikanischen Forschungszentren, wo Projektleiter zusammen mit Militärs vor der Kamera posieren, um einen dicken Brocken aus dem SDI-Etat zu feiern, sollte es in Hamburg nicht kommen. Das DESY-Direktorium hat der »Friedensinitiative einiger Desyaner«, die die Unterschriftensammlung angeregt hatte, versichert, daß DESY aufgrund seiner Satzung nicht zur SDI-Forschung herangezogen werden kann. *Hanne Tügel*

Protestbrief gegen SDI-Projekt

HR
14. 11. 85

Forscher wollen Reagan nicht gehorchen

FR 13./11.85
(1. Seite)

Warnung vor Rüstung im All

Hochschullehrer der Bundeswehr appellieren an Politiker

Von unserem Korespondenten Karsten Plog

HAMBURG; 12. November. Angehörige der Hamburger Bundeswehrhochschule haben die verantwortlichen Politiker aufgefordert, „alles zu unterlassen, was zu einer Militarisierung des Weltraums beitragen kann“. In einer von 19 Hochschullehrern initiierten Erklärung, die am Montagabend bei der Friedenswoche der Hamburger Hochschulen veröffentlicht wurde, heißt es, gerade die an der Bundeswehrhochschule tätigen Wissenschaftler und studierenden Soldaten seien von den Fragen des Friedens und der Abrüstung besonders betroffen.

Auch an diesen Hochschulen sei man besorgt angesichts einer in Ost und West betriebenen verstärkten Politik der Aufrüstung, „auch wir hören mit Schrecken, daß dabei in immer stärkerem Maße der Weltraum einbezogen wird“. Die Unter-

zeichner der Erklärung warnen vor einer Vernichtung der Menschheit. Sie fordern dazu auf, den „gesellschaftlichen Reichtum an Ideen und wissenschaftlichen Erkenntnissen für humane Zwecke zu nutzen, anstatt ihn für immer teurere und gefährlichere Waffensysteme zu vergeuden“.

Die Hochschulangehörigen fühlen sich in der gegenwärtigen Situation dazu aufgerufen, Rechenschaft abzulegen, ob es Wissenschaftlern erlaubt sei, sich an Forschungsvorhaben zu beteiligen, die ungewollt oder sogar gewollt zur Vernichtung der Menschheit beitragen könnten. Sie wollen auf Gewissenskonflikte hinweisen, „in welche eine Politik lebensgefährlicher Aufrüstung Lehrende und vor allem auch Studenten, die den Beruf des Soldaten gewählt haben, treibt“.

Friedenswoche
findet wenig
Interesse

Die überdimensionale Friedenstau-
be blickte von ihrem Transparent auf
einen kaum halb gefüllten Hörsaal
hinunter. Der mäßige Zuspruch zur
Eröffnung der „Woche der Hamburg-
er Hochschulen für Frieden und Ab-
rüstung“ war denn auch laut Univer-
sitäts-Präsident Peter Fischer-Appelt
„kein Beleg für das ungeteilte Inter-
esse, daß das Thema Frieden in der
Öffentlichkeit findet“. Fischer-Appelt
legte besonderes Gewicht auf die
Fortentwicklung der Friedensfor-
schung und die Erziehung zum Frie-
den. Als Beispiel nannte er zehn Part-
nerschaften seiner Universität mit
osteuropäischen Hochschulen. Auf
gleiche Weise ist auch die Musik-
hochschule aktiv.

Dagegen ergriff ein Dozent derjeni-
gen Hamburger Hochschule das
Wort, die als einzige nicht offiziell zu
diesem Symposium gebeten worden
war. Allerdings sprach Professor Har-
ro Flander nicht im Namen der Bun-
deswehr-Universität. Er verlas viel-
mehr eine Erklärung, die 78 dort täti-
ge Mitarbeiter und Studenten – dar-
unter 19 Professoren – unterzeichnet
hatten. Darin werden die Politiker
aufgefordert, „auf eine Militarisie-
rung des Weltraumes zu verzichten“,
und „darüber nachzudenken, wie
durch wechselseitige und kontrol-
lierte Abrüstung der Frieden gesi-
chert werden kann“.

Das Interesse der Zuhörer galt vor
allem der Frage, wie die Hamburger
Hochschulen mit der Verantwortung
für militärisch nutzbare Forschung
umgehen. Der Präsident der Techni-
schen Universität Harburg, Professor
Hans-Günter Danielmeyer, forderte,
Forschung dürfe nicht hinter ver-
schlossenen Türen stattfinden: „Ich
wünschte mir, daß über das Für und
Wider von SDI in naturwissenschaft-
lichen Fachzeitschriften bei uns so
offen gestritten würde wie in den
USA.“

Bundeswehrhochschule:

dvz/tat 15.11.85

Aufruf zur Friedenswoche

Eine Erklärung zur Friedenswoche an den Hochschulen haben 76 Angehörige der Hamburger Bundeswehrhochschule veröffentlicht. Die Erklärung von 19 Professoren, von studierenden Soldaten, Militärpfarrern und Angestellten hat folgenden Wortlaut:

Die Naturwissenschaftlerinitia-
tive „Verantwortung für den Frie-
den“ hat für die Zeit vom 11. bis
16. November 1985 bundesweit zu einer Friedenswoche an den Hochschu-
len aufgerufen. Natur- und Geisteswis-
senschaftler aller Hamburger Hoch-
schulen werden diesem Aufruf folgen.
Als an der Universität der Bundes-
wehr Hamburg tätige Wissenschaftler
und studierende Soldaten betrifft uns
die Problematik in besonderem Maße.

Wenn es darum geht, Abrüstung zu
fordern, um zu überleben, stehen wir
nicht abseits. Auch wir sind besorgt
angesichts einer von Ost und West be-
triebenen Politik forcierteter Aufrü-
stung. Auch wir hören mit Schrecken,
daß dies in immer stärkerem Maße
nunmehr sogar den Weltraum einbe-
ziehen soll. Auch wir fürchten, daß im-
mer kompliziertere und treffsicherere
Waffensysteme der Beherrschung ent-

gleiten. Auch wir warnen vor der Ge-
fahr der Vernichtung der Menschheit
und mit ihr der Schöpfung. Auch wir
fordern, den gesellschaftlichen Reich-
tum an Ideen, wissenschaftlichen Er-
kenntnissen und Geld für humane
Zwecke zu nutzen, anstatt ihn für im-
mer teurere und gefährlichere Waffensy-
steme zu vergeuden.

In Forschung, Lehre und Studium
soll Wissenschaft dem Menschen dien-
en: Mit erheblichen öffentlichen Mit-
teln unterhält unser Staat zwei Uni-
versitäten der Bundeswehr; er gewähr-
leistet ihnen die Freiheit von For-
schung, Lehre und Studium. Als an
den Bundeswehrhochschulen tätige
Wissenschaftler und als studierende
Soldaten wissen wir uns aufgerufen
und prüfen, wie wir von unseren
grundrechtlichen Freiheiten verant-
wortlichen Gebrauch machen.

Dazu gehört, daß wir uns Rechen-
schaft darüber ablegen, ob es das
Ethos von Wissenschaftlern erlaubt,
sich an Forschungsvorhaben zu betei-
ligen, welche – ungewollt oder sogar
gewollt – zur Vernichtung der Mensch-
heit beitragen können. Dazu gehört,
daß wir auf die Gewissenskonflikte
hinweisen, in welche eine Politik le-
bensbedrohender Aufrüstung Lehren-

de und vor allem auch Studenten, die
den Beruf des Soldaten gewählt ha-
ben, treibt. Dazu gehört, daß wir in
Lehre und Studium ohne Bindung an
aktuelle politische und militärstrategi-
sche Vorgaben darüber nachdenken,
wie durch wechselseitige und kontrol-
lierte Abrüstung Frieden erreicht und
gesichert werden kann. Dazu gehört
schließlich, daß wir uns besonders der
Frage widmen, welche Beiträge zur
Abrüstung und Friedenssicherung ge-
rade die Bundesrepublik leisten kann
und was wir als Wissenschaftler, Sol-
daten und Bürger unseres Staates da-
zu auch selbst beitragen können.

Mit vielen anderen sind wir uns dar-
in einig, daß von Deutschland niemals
wieder ein Krieg ausgehen darf. Wir
wollen auch nicht, daß unser Land
Schauplatz von Kriegen anderer wird.
Wir mahnen die Politiker der Bundes-
republik, nachhaltiger als bisher und
auf sichtbarere Weise dazu beizutra-
gen, Frieden zu schaffen mit immer
weniger Waffen. Aus aktuellem Anlaß
mahnen wir die Verantwortlichen vor
allem, auf die Lagerung chemischer
und biologischer Waffen in der Bun-
desrepublik zu verzichten. Wir fordern
sie auf, alles zu unterlassen, was zu ei-
ner Militarisierung des Weltraums bei-
tragen kann.

Einwände, Vorheubl. 8./11.85

Weld 11./11.85

Woche der Hamburger Hochschulen

Vom 9.—14. November finden an vier Hamburger Hochschulen Veranstaltungen zur militärischen Nutzung des Weltraums und zur internationalen Stabilität statt. Träger der Woche sind 42 Professoren und wissenschaftliche Mitarbeiter. Schwerpunkt der Woche wird ein Öffentlicher Kongreß an der Universität Hamburg zur MILITARISIERUNG DES WELTRAUMS am 9. und 10. 11. sein. Wir weisen besonders hin auf ein Podiumsgespräch »Pro und Contra SDI« am 11. um 20.00 Uhr und ein internationales Podiumsgespräch mit Weltraumexperten aus fünf Ländern am 10. 11. um 20.00 Uhr.

DESY-Wissenschaftler

Mitarbeit bei SDI verweigert

Hamburg - Gut 300 von 1000 Wissenschaftlern und Technikern der Großforschungsanlage DESY in Hamburg lehnen es ab, am US-Projekt Raketabwehr im Weltraum (SDI) mitzuarbeiten.

In Hamburg kamen 400 Wissenschaftler zu einer Tagung zusammen, die den Auftakt bildet zu einer »Woche der Hochschulen für Frieden und Abrüstung«. Der Physiker Professor Hartwig Spitzer erklärte, es sei Ziel des Kongresses, den Menschen bewußt zu machen, daß SDI eine verhängnisvolle Entwicklung sei. »Statt Schutz neue Eskalation!«

Professor Gunnar Lindström (Hamburg): Die Hochschullehrer müßten die Politiker mit Informationen versorgen, denn »die Bundestagsabgeordneten, die mit SDI befaßt sind, haben so gut wie keine Ahnung davon.«

S.Z. 11./11.85

Wissenschaftler von DESY wollen an SDI nicht mitarbeiten

Bund 300 von tausend Wissenschaftlern und Technikern der Großforschungsanlage DESY in Hamburg lehnen es ab, an dem amerikanischen SDI-Projekt mitzuarbeiten. Das wurde am Sonntag beim Hamburger Hochschulkongreß bekanntgegeben. In einem Offenen Brief an Bundeskanzler Kohl sprechen sie sich darüber hin- aus - wie vor ihnen bereits Mitarbeiter mehrerer Max-Planck-Institute - gegen eine deutsche Beteiligung an SDI aus. Der Hamburger Wissenschaftler Professor Gunnar Lindström rief seine Kollegen auf, sich nicht in den Elfenbeinturm der Wissenschaft zurückzuziehen. Die Hochschullehrer müßten über Studenten und Öffentlichkeit hinaus auch Politiker mit Informationen versorgen, da »die Bundestagsabgeordneten, die mit SDI befaßt sind, so gut wie keine Ahnung davon haben.«

Professoren diskutieren Weltraumverteidigung

Einwände gegen SDI

Das SDI-Projekt der USA würde zu einem unabsehbaren neuen Wettrüsten führen und dennoch die nukleare Bedrohung durch die Sowjetunion nicht verhindern können. Dieses Fazit zogen gestern in- und ausländische Wissenschaftler, die sich auf einem Kongreß an der Universität gegen die Militarisierung des Weltraums wenden. Friedensforscher, Politologen und Naturwissenschaftler erörterten Folgen aus der SDI-Forschung und Anwendung.

Der sowjetische Amerika-Experte Sergej Koulik, als Mitglied eines »Komitees sowjetischer Wissenschaftler gegen die atomare Gefahr« auf dem Kongreß vertreten, ließ keinen Zweifel daran, daß sein Land Gegenmaßnahmen zu SDI ergreifen werde. Für einen Bruchteil der Kosten von Satellitenwaffen könnte beispielsweise die Zahl der sowjetischen Kernwaffen erhöht werden. »SDI bietet außerdem keinen hundertprozentigen Schutz«, versicherte der Hamburger Kernphysiker Professor Gunnar Lindström. Selbst wenn beide Seiten über Verteidigungssatelliten im Weltraum verfügten, bliebe ein atomarer Erstschlag vorteilhaft, weil so die verwundbaren Satelliten des anderen zerstört werden könnten.

Auch mit den psychologischen

Vorstellungen, die der intensiven SDI-Forschung zugrunde liegen, beschäftigten sich die Wissenschaftler. Nach Meinung des Hamburger Politologen Klaus Jürgen Gantzel, glaubt die Reagan-Administration irrtümlich daran, daß sich nationale Grenzen im Atomzeitalter noch verteidigen lassen. Dabei sei spätestens seit der Erstürmung der Maginot-Linie im Zweiten Weltkrieg das Gegenteil bewiesen. »Ich habe die Abschreckungsdoktrin immer kritisiert, meinte Gantzel, »jetzt muß ich sie verteidigen gegen noch Schlimmeres.«

Die Wissenschaftler - darunter auch Kollegen aus Frankreich und Großbritannien - wollen mit dem Kongreß ihre Einstellung zu SDI an die Öffentlichkeit bringen. »Wir können nicht sagen, daß geht uns nichts an, und die Verantwortung den Politikern überlassen«, erklärte Lindström. »Schweigen ist momentan das größte Verbrechen«, meinte der Psychologe Carl Nedelmann. Auch die Mitarbeit an dem US-Vorhaben lehnen viele ab. Unter anderem unterzeichneten 315 Mitarbeiter der Großforschungsanlage DESY in Bahrenfeld einen offenen Brief an Bundeskanzler Helmut Kohl, in dem sie persönlich die Mitarbeit an der SDI-Forschung verweigern. J.L.

HA 11./11.85

315 DESY-Forscher gegen SDI-Beteiligung Protest-Schreiben an Kanzler Helmut Kohl

Gegen eine deutsche Beteiligung am amerikanischen SDI-Projekt, der Raketabwehr im Weltraum, haben sich 315 der insgesamt 1000 DESY-Wissenschaftler und -techniker in einem offenen Brief an Bundeskanzler Helmut Kohl ausgesprochen.

Wie schon im Juni die Mitarbeiter mehrerer Max-Planck-Institute, wollen auch sie ihre Mitarbeit an SDI-Projekten verweigern. Das wurde gestern beim internationalen Kongreß zur »Militarisierung des Weltraums« in der Woche der Hamburger Hochschulen für Frieden und Abrüstung bekanntgegeben. Bundesweit wird die Friedenswoche von 50 Hochschulen getragen. Kernphysiker Professor Dr. Gunnar Lindström von der Universität Hamburg: »Wir können nicht mehr sagen, wir machen Grundlagenforschung, was daraus entsteht, ist Sache der Politiker.«

Die Wissenschaftler müßten die Öffentlichkeit informieren, vor allem die Politiker. »Sie verfügen oft nicht über die Kennt-

nisse, die sie brauchen, um ihre Entscheidungen treffen zu können.« Elementarteilchenphysiker Professor Dr. Hartwig Spitzer sagte, daß die Einbeziehung des Weltraumes in das Wettrüsten verhängnisvoll sei. Die Installation eines nur teilweisen wirksamen Schutzes wie SDI, führe zu einer neuen Eskalation von Offensiv- und Abwehrwaffen. Die UdSSR habe das schon zu erkennen gegeben.

Zur Friedenswoche der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche bis zum Buß- und Betttag am 20. November hat Bischof Peter Krusche aufgerufen. »Wir dürfen unser Gewissen nicht damit beruhigen, daß bei uns niemand einen Krieg will, wenn zum Beispiel gleichzeitig Waffen an andere verkauft werden, wenn viele Menschen im Blick auf ihre Zukunft ohne Orientierung und ohne Hoffnung leben«, sagte er.

Viele Hamburger Gemeinden laden zu Veranstaltungen und Gottesdiensten ein, um, so der Bischof, das Gewissen für die Probleme des Weltfriedens zu schärfen. H. S./kim

Tag 12.11.85

Wissenschaftler wollen sich der SDI-Forschung verweigern

Hamburg (ap) — Immer mehr Naturwissenschaftler in der Bundesrepublik lehnen eine deutsche Beteiligung am amerikanischen Projekt der Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) ab und wollen sich entsprechenden Forschungsvorhaben verweigern. Diese Auffassung vertrat Sprecher des Hochschulkongresses „Militarisierung des Weltraums“ am Sonntag vor Journalisten in Hamburg.

Die Verweigerungshaltung von Wissenschaftlern und Techniken gegenüber der SDI-Forschung machte Gerhard Knies vom Deutschen Elektronen-Synchrotron in Hamburg deutlich.

Wie Knies mitteilte, unterzeichneten 315 von knapp 1.000 wissenschaftlichen Mitarbeitern dieser Großforschungseinrichtung bis zum Wochenende einen offenen Brief an Bundeskanzler Helmut Kohl, in dem sie sich gegen SDI aussprechen und eine Mitarbeit an entsprechender Forschung ablehnen. Ähnliche Initiativen gebe es in mehreren Max-Planck-Instituten. An mehr als 50 Hochschulen im Bundesgebiet fänden in der kommenden Woche 'Friedenswochen' statt. „Das hat es in der deutschen Hochschulgeschichte noch nicht gegeben“, erklärte der Geschäftsführer des Bundes Demokratischer Wissenschaftler, Rainer Rilling.

Tag 11.11.85

Geringe Beteiligung am SDI-Kongreß

DESY gegen SDI

Enttäuscht zeigten sich Hamburger Friedensforscher über die geringe studentische Beteiligung am Kongreß zur „Militarisierung des Weltraums“. In einem offenen Brief an Bundeskanzler Kohl haben 315 Mitarbeiter der Bahrenfelder Großforschungsanlage DESY erklärt, daß sie persönlich eine Mitarbeit an SDI-Forschungsaktivitäten verweigern werden. Knapp 200 Menschen folgten gestern im Chemischen Institut den Vorträgen von Wissenschaftlern über die Folgen der SDI-Pläne für Wirtschaft und Wissenschaft und über die Frage der technischen Machbarkeit der „Star Wars“-Pläne.

Referenten, die auch aus dem Ausland angereist waren, zeigten sich enttäuscht, daß die Professoren der Naturwissenschaftler-Initiative nur einen Bruchteil ihrer

Studenten für das Thema mobilisieren konnten.

Die letzte Hoffnung auf Abrüstung werde durch das SDI-Programm zunichte gemacht, erklärten Wissenschaftler und Techniker des DESY. Es sei ein „ungeheurer Zynismus in der Behauptung, wir müßten Waffenentwicklung betreiben, um technologisch vorn zu bleiben“, erklärten 315 der rund tausend Mitarbeiter der Großforschungsanlage, die sich mit der Beschleunigung von Teilchenstrahlen zur Erforschung der Struktur der Materie befaßt. Die Gruppe betonte, daß derzeit bei DESY keinerlei militärische Forschung betrieben wird und auch keine SDI-Forschung geplant sei. Das Forschungszentrum war im Sommer vom „Deutschen Strategieforum“ in Bonn um Teilnahme an SDI-Tagungen gebeten worden. *ao*

Worum 12.11.85

Lehrer gegen Krieg

Hamburg — Schulsenator Joist duldet, daß Hamburgs Lehrer das Beamtenrecht verletzen, kritisiert Karl-Heinz Ehlers, schulpolitischer Sprecher der CDU-Bürgerschaftsfraktion. Der DU-Mann glaubt dies, weil Lehrer aus Hamburg eine an den Senat gerichtete „Ankündigung gegen Kriegsvorbereitung in Hamburg“ unterschrieben haben.

Woche für Frieden und Abrüstung

Wissenschaftler aus fünf Hochschulen laden vom 9. bis 14. November zur „Woche der Hamburger Hochschulen für Frieden und Abrüstung“ ein. Unter anderem findet am 9. November um 20 Uhr im Chemischen Institut, Martin-Luther-King-Platz 6, ein „Pro und Contra SDI“-Podiumsgespräch statt. Sonntag, 10. November, 20 Uhr: Internationale Podiumsdiskussion in englischer Sprache mit Weltraumexperten aus fünf Ländern.

DESY: 300 wollen nicht bei SDI mitmachen

Von den 1000 Wissenschaftlern, die bei DESY in Bahrenfeld arbeiten, wollen sich 300 nicht am US-Projekt von Raketenabwehr in Weltraum (SDI) beteiligen. In einem offenen Brief an Bundeskanzler Kohl sprachen sie sich gegen eine deutsche Beteiligung an dem Programm aus.

Bild M. M. 85

HA 8.11.85

Tag 9.11.85

Für Schüler

Im Rahmen der „Uni für Schüler“ wird über die Wirkung von Atomwaffen und die medizinischen Folgen eines Atomkrieges referiert. Montag 16-19 Uhr, Hörsaal B, Fachbereich Chemie.

SDI und ASTA

Podiumsdiskussion des ASTA mit Wissenschaftlern und Politikern zum Thema „SDI und Hochschule“. Montag, 14 Uhr, Audi Max, Von-Melle-Park 4.

Der Friedensforscher Alfred Mechttersheimer ist eingeladen zu einer Diskussion über „Das Star Wars-Programm SDI und die wirtschaftlichen und militärischen Interessen der USA“.

Fachhochschule Berliner Tor 21, Raum 101, Di. 20 Uhr

Vor allem Schülerinnen und Schüler sind eingeladen zu einer Veranstaltung über biologische und chemische Waffen.

Fachbereich Chemie, Martin-Luther-King-Platz, Hörsaal A, Di. 16 Uhr.

Krieg & Frieden

Südafrika-Bericht

„Leben in Südafrika“ mit Pfarrer Abrahamus, Kapstadt/Groningen, Sonntag, 15 Uhr, MLK-Haus Grindelallee 9.

SDI-Kongreß

Heute und morgen ab zehn Uhr im Fachbereich Chemie, Martin-Luther-King-Platz (Zugang von der Grindelallee), Internationale Podiumsdiskussion am Sonntag um 20 Uhr ebenfalls dort.

SDI und Hochschule

Mit einer Podiumsdiskussion unter diesem Titel beginnt am Montag die Friedenswoche der Hamburger Hochschulen. Montag, 19 Uhr, Hörsaal A, Hauptgebäude Edmund-Siemers-Allee 1.

Alternativen

Oberstleutnant Wilhelm Nolte referiert auf Einladung der FI Langenhorn unter dem Motto „Verteidigung ohne Selbstvernichtung“ über sein Konzept der „autonomen Abwehr“ als Alternative zur Hochrüstung. Montag, 19.30 Uhr, Gemeindesaal Wördenmoorweg 22.

Worum 8.11.85

Friedenswoche

Tausend Aktionen gegen die Rüstung

Bonn — Ein „Signal für den Frieden“ wollen in der kommenden Woche die Friedensgruppen in der Bundesrepublik mit mehreren tausend kleinen Veranstaltungen setzen. Im Mittelpunkt der Aktionen stehen die „Militarisierung des Weltalls“ durch das SDI-Programm und die Europa-Forschung der Europäer. Schwerpunktmäßig sollen auch die Folgen hoher Rüstungsausgaben diskutiert werden. In diesem Zusammenhang warfen die Friedensgruppen der Bundesregierung vor, sie „verharmlose“ die Probleme.

SDI — Strategie Des Irrsinns, so deutete eine Uni-Wandzeitung die Abkürzung von Reagans Weltraum-Wunderwaffen-Initiative um. Der Widerstand gegen eine deutsche Beteiligung am SDI-Projekt ist inzwischen über die Hochschulen hinaus in die Forschungszentren gedungen. In Hamburg protestierten jetzt Wissenschaftler vom DESY.

Wenn Studenten, Fachsachverständige und Asten gegen Krieg und Rüstung aktiv sind, ist das nett, aber nicht neu. Wenn Hochschulprofessoren Reagans Rüstungswahn so ernst nehmen, daß sie während der Uni-Friedenstag einen Kongreß zum Thema »Militarisierung des Weltraums« veranstalten, findet das schon mehr Beachtung. Aber daß Wissenschaftler, Ingenieure und Techniker »Herrn Dr. H. Kohl, Kanzler der Bundesrepublik Deutschland« einen Brief schreiben, in dem sie nicht nur vor einer Beteiligung am Sternenkrieg warnen, sondern schon im Vorwege klarstellen, daß sie sich im Ernstfall solchen Forschungsvorhaben verweigern würden, das ist für Hamburg bisher einmalig.

315 Mitarbeiter im Hamburger Großforschungszentrum DESY (Deutsches Elektronen-Synchrotron) haben die Bot-

schaft unterschrieben. In der Zahl sind bewußt nur Wissenschaftler und Techniker enthalten, denen selbst die Bundesrepublik den Durchblick durch die Kampfspiegel-Röntgenlaser-Weltraumwaffen-Technologie zutrauen muß. Unterzeichnet haben damit etwa die Hälfte der wissenschaftlich tätigen DESY-Mitarbeiter. In einer Pressekonferenz während des Unikongresses stellten sie den offenen Brief vor, in dem es unter anderem heißt: »Es ist irreführend zu behaupten, SDI mache nukleare Abschreckung überflüssig. Ob ein Raketenabwehrsystem vollständig ist, wird vor dem Ernstfall niemand sicher wissen. Daher wird SDI die Gegenseite neben anderem zur Vergrößerung ihres Raketenarsenals veranlassen und so auch noch die letzten Hoffnungen auf Abrüstung zunichte machen.

— Wir finden es unverantwortlich, ein solch riesiges Potential an wissenschaftlicher Kraft und finanziellen Mitteln den soviel notwendigeren Arbeiten, wie zum Beispiel der Beseitigung von Umwelterstörung und Arbeitslosigkeit, vor allem aber des Hungers in der Dritten Welt zu entziehen.

— Wir sehen einen ungeheuren

Zynismus in der Behauptung, wir müßten Waffenentwicklung betreiben, um technologisch vorn zu bleiben. Wie das Beispiel Japan zeigt, ist diese Behauptung auch sachlich falsch.

Wir lehnen die Mitarbeit am SDI-Projekt ab!«

Die DESY-Leute selbst fühlen sich in ihren Laboratorien relativ sicher vor Rüstungsaufträgen. Das Deutsche Elektronen-Synchrotron in Bahrenfeld ist ein Grundlagenforschungszentrum (Jahresetat 145 Millionen Mark, 90 Prozent kommen vom Bund, 10 Prozent von Hamburg), in dem die Struktur der Materie entschlüsselt werden soll. Militärische Forschung wird bisher nicht betrieben. Die Ergebnisse werden von aller Länder Herren genutzt, die Forscher-Teams sind international mit Fachleuten aus West und Ost besetzt.

Aber es gab in diesem Jahr einige Vorfälle, die haben aufgehört zu sein:

● Im Frühjahr 1985 brachte Lothar Späth, Ministerpräsident von Baden Württemberg, die deutschen Großforschungszentren als Partner in die SDI-Diskussion ein.

● Im Sommer lud die Bundesregierung zu einem »Strategie-

forum«. Dort berieten Vertreter der Industrie, Delegierte der US-Regierung und Vertreter von Forschungsgesellschaften über das Weltraumengagement. Mit von der Partie waren Fraunhofer-Gesellschaft, Max-Planck-Institute, Kernforschungsanlage Jülich, Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt, Forschungsgesellschaft für angewandte Naturwissenschaften und ein Vertreter von DESY.

● In den USA läuft z. B. im Brookhaven National Laboratory, das ähnliche Beschleuniger-Anlagen wie DESY besitzt, offiziell ein SDI-Forschungsprojekt. Dieses Nationale Labor hat sich allerdings schon immer an Rüstungsforschung beteiligt.

Soweit wie in vielen amerikanischen Forschungszentren, wo Projektleiter zusammen mit Militärs vor der Kamera posieren, um einen dicken Brocken aus dem SDI-Etat zu feiern, sollte es in Hamburg nicht kommen. Das DESY-Direktorium hat der »Friedensinitiative einiger Desyaner«, die die Unterschriftensammlung angeregt hatte, versichert, daß DESY aufgrund seiner Satzung nicht zur SDI-Forschung herangezogen werden kann. *Hanne Tügel*

Protestbrief gegen SDI-Projekt

HR
14.11.85

Forscher wollen Reagan nicht gehorchen

Bundeswehrhochschule:

dvz/tat 15.11.85

Aufruf zur Friedenswoche

Eine Erklärung zur Friedenswoche an den Hochschulen haben 76 Angehörige der Hamburger Bundeswehrhochschule veröffentlicht. Die Erklärung von 19 Professoren, von studierenden Soldaten, Militärfarrern und Angestellten hat folgenden Wortlaut:

Die Naturwissenschaftlerinitiative »Verantwortung für den Frieden« hat für die Zeit vom 11. bis 16. November 1985 bundesweit zu einer Friedenswoche an den Hochschulen aufgerufen. Natur- und Geisteswissenschaftler aller Hamburger Hochschulen werden diesem Aufruf folgen. Als an der Universität der Bundeswehr Hamburg tätige Wissenschaftler und studierende Soldaten betrifft uns die Problematik in besonderem Maße.

Wenn es darum geht, Abrüstung zu fordern, um zu überleben, stehen wir nicht abseits. Auch wir sind besorgt angesichts einer von Ost und West betriebenen Politik forciertem Aufrüstung. Auch wir hören mit Schrecken, daß dies in immer stärkerem Maße nunmehr sogar den Weltraum einbeziehen soll. Auch wir fürchten, daß immer kompliziertere und treffsicherere Waffensysteme der Beherrschung ent-

gleiten. Auch wir warnen vor der Gefahr der Vernichtung der Menschheit und mit ihr der Schöpfung. Auch wir fordern, den gesellschaftlichen Reichtum an Ideen, wissenschaftlichen Erkenntnissen und Geld für humane Zwecke zu nutzen, anstatt ihn für immer teurere und gefährlichere Waffensysteme zu vergeuden.

In Forschung, Lehre und Studium soll Wissenschaft dem Menschen dienen. Mit erheblichen öffentlichen Mitteln unterhält unser Staat zwei Universitäten der Bundeswehr; er gewährleistet ihnen die Freiheit von Forschung, Lehre und Studium. Als an den Bundeswehrhochschulen tätige Wissenschaftler und als studierende Soldaten wissen wir uns aufgerufen und prüfen, wie wir von unseren grundrechtlichen Freiheiten verantwortlichen Gebrauch machen.

Dazu gehört, daß wir uns Rechenschaft darüber ablegen, ob es das Ethos von Wissenschaftlern erlaubt, sich an Forschungsvorhaben zu beteiligen, welche - ungewollt oder sogar gewollt - zur Vernichtung der Menschheit beitragen können. Dazu gehört, daß wir auf die Gewissenskonflikte hinweisen, in welche eine Politik lebensbedrohender Aufrüstung Lehren-

de und vor allem auch Studenten, die den Beruf des Soldaten gewählt haben, treibt. Dazu gehört, daß wir in Lehre und Studium ohne Bindung an aktuelle politische und militärstrategische Vorgaben darüber nachdenken, wie durch wechselseitige und kontrollierte Abrüstung Frieden erreicht und gesichert werden kann. Dazu gehört schließlich, daß wir uns besonders der Frage widmen, welche Beiträge zur Abrüstung und Friedenssicherung gerade die Bundesrepublik leisten kann und was wir als Wissenschaftler, Soldaten und Bürger unseres Staates dazu auch selbst beitragen können.

Mit vielen anderen sind wir uns darin einig, daß von Deutschland niemals wieder ein Krieg ausgehen darf. Wir wollen auch nicht, daß unser Land Schauplatz von Kriegen anderer wird. Wir mahnen die Politiker der Bundesrepublik, nachhaltiger als bisher und auf sichtbarer Weise dazu beizutragen, Frieden zu schaffen mit immer weniger Waffen. Aus aktuellem Anlaß mahnen wir die Verantwortlichen vor allem, auf die Lagerung chemischer und biologischer Waffen in der Bundesrepublik zu verzichten. Wir fordern sie auf, alles zu unterlassen, was zu einer Militarisierung des Weltraums beitragen kann.

HÖHENHÖRST, HAMBURG 9

Friedenswoche findet wenig Interesse

DIE WELT
13. 11. 85

Die überdimensionale Friedenswoche blickte von ihrem Transparent auf einen kaum halb gefüllten Hörsaal hinunter. Der mäßige Zuspruch zur Eröffnung der „Woche der Hamburger Hochschulen für Frieden und Abrüstung“ war denn auch laut Universitäts-Präsident Peter Fischer-Appelt „kein Beleg für das ungeteilte Interesse, daß das Thema Frieden in der Öffentlichkeit findet“. Fischer-Appelt legte besonderes Gewicht auf die Fortentwicklung der Friedensforschung und die Erziehung zum Frieden. Als Beispiel nannte er zehn Partnerschaften seiner Universität mit osteuropäischen Hochschulen. Auf gleiche Weise ist auch die Musikhochschule aktiv.

Dagegen ergriff ein Dozent derjenigen Hamburger Hochschule das Wort, die als einzige nicht offiziell zu diesem Symposium gebeten worden war. Allerdings sprach Professor Harro Plander nicht im Namen der Bundeswehr-Universität. Er verlas vielmehr eine Erklärung, die 76 dort tätige Mitarbeiter und Studenten – darunter 19 Professoren – unterzeichnet hatten. Darin werden die Politiker aufgefordert, „auf eine Militarisierung des Weltraumes zu verzichten“, und „darüber nachzudenken, wie durch wechselseitige und kontrollierte Abrüstung der Frieden gesichert werden kann“.

Das Interesse der Zuhörer galt vor allem der Frage, wie die Hamburger Hochschulen mit der Verantwortung für militärisch nutzbare Forschung umgehen. Der Präsident der Technischen Universität Harburg, Professor Hans-Günter Danielmeyer, forderte, Forschung dürfe nicht hinter verschlossenen Türen stattfinden: „Ich wünschte mir, daß über das Für und Wider von SDI in naturwissenschaftlichen Fachzeitschriften bei uns so offen gestritten würde wie in den USA.“

J.L.

Physiker lehnen SDI ab

Mitarbeiter einer Großforschungsanlage schrieben an Kohl

Von unserem Korrespondenten Karsten Plog

HAMBURG, 11. November. Dreihundertfünfzehn von rund tausend Wissenschaftlern, die bei der physikalischen Großforschungsanlage Deutsche Synchrotron (DESY) in Hamburg tätig sind, haben sich in einem offenen Brief an Bundeskanzler Helmut Kohl gegen eine Beteiligung der Bundesrepublik an der Strategischen Verteidigungsinitiative der USA (SDI) ausgesprochen. Gleichzeitig erklären sie in dem Brief, sie lehnten für sich eine Mitarbeit an dem Projekt ab.

In dem Schreiben heißt es unter anderem, das SDI-Projekt führe zur Stationierung von Waffensystemen im Weltraum. Der Umfang dieses Rüstungsvorhabens sei zu vergleichen mit der Einführung von Interkontinentalraketen. Die Gegenseite werde zur Vergrößerung ihres Raketenpotentials veranlaßt, zusammen mit den schon vorhandenen Waffensystemen entstehe ein Gesamtsystem, das viel eher

als bisher zum Erstschatz verleite. Es sei unverantwortlich, daß ein solch riesiges Potential an wissenschaftlicher Kraft und Geld notwendigen Arbeiten wie der Beseitigung der Umweltzerstörung und Arbeitslosigkeit, vor allem aber des Hungers in der Dritten Welt entzogen werde.

Die Wissenschaftler verweisen darauf, daß bei DESY bisher keine militärische Forschung betrieben werde, daß aber Äußerungen von Politikern darauf hindeuten, es werde erwogen in der Bundesrepublik vorhandene Großeinrichtungen für Grundlagenforschung in das Projekt einzubeziehen.

Der offene Brief der DESY-Mitarbeiter wurde während eines zweitägigen international besetzten Kongresses „Militarisierung des Weltraums“ bekannt, mit dem eine Friedenswoche der Hamburger Hochschulen am Wochenende eingeleitet worden war.

315 DESY-Forscher gegen SDI-Beteiligung

Protest-Schreiben an Kanzler Helmut Kohl

Gegen eine deutsche Beteiligung am amerikanischen SDI-Projekt, der Raketenabwehr im Weltraum, haben sich 315 der insgesamt 1000 DESY-Wissenschaftler und -techniker in einem offenen Brief an Bundeskanzler Helmut Kohl ausgesprochen.

Wie schon im Juni die Mitarbeiter mehrerer Max-Planck-Institute, wollen auch sie ihre Mitarbeit an SDI-Projekten verweigern. Das wurde gestern beim internationalen Kongreß zur „Militarisierung des Weltraums“ in der Woche der Hamburger Hochschulen für Frieden und Abrüstung bekanntgegeben. Bundesweit wird die Friedenswoche von 50 Hochschulen getragen. Kernphysiker Professor Dr. Gunnar Lindström von der Universität Hamburg: „Wir können nicht mehr sagen, wir machen Grundlagenforschung, was daraus entsteht, ist Sache der Politiker.“

Die Wissenschaftler müßten die Öffentlichkeit informieren, vor allem die Politiker. „Sie verfügen oft nicht über die Kennt-

nisse, die sie brauchen, um ihre Entscheidungen treffen zu können.“ Elementarteilchenphysiker Professor Dr. Hartwig Spitzer sagte, daß die Einbeziehung des Weltraumes in das Wettrüsten verhängnisvoll sei. Die Installation eines nur teilweisen wirksamen Schutzes wie SDI, führe zu einer neuen Eskalation von Offensiv- und Abwehrwaffen. Die UdSSR habe das schon zu erkennen gegeben.

Zur Friedenswoche der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche bis zum Buß- und Betttag am 20. November hat Bischof Peter Krusche aufgerufen. „Wir dürfen unser Gewissen nicht damit beruhigen, daß bei uns niemand einen Krieg will, wenn zum Beispiel gleichzeitig Waffen an andere verkauft werden, wenn viele Menschen im Blick auf ihre Zukunft ohne Orientierung und ohne Hoffnung leben“, sagte er.

Viele Hamburger Gemeinden laden zu Veranstaltungen und Gottesdiensten ein, um, so der Bischof, das Gewissen für die Probleme des Weltfriedens zu schärfen.

H. S./kim